

WBB stellt Antrag im Rat

Weingarten (ml). Die Weingartner Bürgerbewegung hat den Antrag gestellt, der Gemeinderat möge die Verwaltung beauftragen, in geeigneter Form und nach Möglichkeit in Zusammenarbeit mit anderen kreisangehörigen Gemeinden, die Bundesregierung auf die Grenzen der Leistungsfähigkeit der Kommunen im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise hinzuweisen.

Insbesondere möge sie zu gegebener Zeit Kosten- und Schadensersatzansprüche für den Fall geltend machen, dass das Bundesverfassungsgericht der anhängigen Verfassungsbeschwerde über das verfassungswidrige Verhalten der Bundesregierung stattgeben sollte. Matthias Görner erklärte in jüngster Sitzung, es sei verantwortungsvolles Handeln, darauf hinzuweisen, dass Kommunen mit begrenzten Mitteln nicht unendlich leisten könnten. Die WBB setze auf „gemeinsame Artikulation mit dem Städte- und Gemeindetag“.

Hierzu meinte Bürgermeister Eric Bänziger, die Verwaltung werde eine entsprechende Presseerklärung abwarten. Die Zustimmung erfolgte einstimmig bei einer Enthaltung.

Den Originalantrag finden Sie hier:

[Antrag auf Geltendmachung von Kosten- und Schadenersatzansprüchen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz gegenüber der Bundesrepublik Deutschland](#)